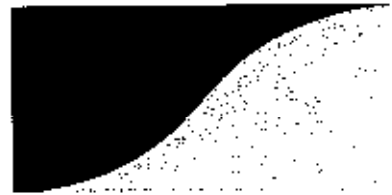


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 885 846 ppbn d
Telefax: 21 06 84



Inhalt

Katrin Fuchs MdB zur Notwendigkeit eines Waffenstillstandes und einer politischen Lösung: Der Golfkrieg verschärft globale wie regionale Probleme.

Seite 1

Dr. Liesel Hartenstein MdB zur Notwendigkeit, das ökologisch Erforderliche als das ökonomisch Vernünftige durchzusetzen.

Seite 4

Dokumentation

Der Limburger Bischof Franz Kamphaus, vormals Präsident der deutschen Sektion von Pax Christi, hat sich gegen Steuererhöhungen zur Kriegsfinanzierung gewandt. Wortlaut

Seite 6

46. Jahrgang / 22

31. Januar 1991

Der Golfkrieg verschärft globale wie regionale Probleme Zur Notwendigkeit eines Waffenstillstandes und einer politischen Lösung

Von Katrin Fuchs MdB
Mitglied des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages

Von offizieller Seite wurde der Golfkrieg bisher fast ausschließlich auf der Ebene der Legitimation behandelt: Weil der irakische Diktator das Völkerrecht gebrochen hat, sei die Weltgemeinschaft berechtigt, ihn auch mit militärischen Mitteln zum Einlenken zu zwingen; der Krieg erfolge mit dem Segen der UN, er sei deswegen ein "gerechter Krieg". Über die Kriegsfolgen dagegen wurde bisher kaum gesprochen. Was nützt aber die beste Legitimation, wenn nach dem Krieg Hunderttausende tot und Millionen verstümmelt sind, wenn Kuwait eine unbewohnbare Wüste und die ökologischen Lebensgrundlagen der Region auf Jahrzehnte vernichtet sind? Was ist "gerecht" an einem solchen Krieg? Gerade der Golfkrieg zeigt: Krieg darf kein Mittel der Politik mehr sein, auch nicht für gerechte Ziele, auch nicht zur Bestrafung von Völkerrechtsbrechern. Unrecht kann nicht durch noch größeres Unrecht gutgemacht werden. Das Gerede vom "gerechten Krieg" ist ein Rückfall in das Denken vor der Entspannungspolitik.

Vielfach wird jetzt im Namen der Moral verlangt, den Krieg am Golf zu unterstützen. Viele Staaten, die Saddam Hussein lange Jahre hindurch mit Waffen versorgt haben, führen jetzt Krieg gegen den Irak. Sie berufen sich dabei auf das Völkerrecht, das sie vorher, als Saddam völkerrechtswidrig den Iran angriff und die Kurden vergaste, nicht von Waffenlieferungen abhalten konnte. Die Beteiligung am Krieg soll vergessen machen, daß es die eigenen Waffenlieferungen waren, die diesen Krieg erst ermöglicht haben.

Weil die Bundesrepublik bei den Waffenexporten in den Irak an vorderster Stelle stand, soll Bonn jetzt den Golfkrieg stärker unterstützen. Die moralische Schuld des Waffenexportes wird so zum Argument für die Kriegsbeteiligung umfunktioniert. Eine solche Argumentation ist aber im wahrsten Sinne des Wortes verkehrt: Die Schuld der Waffenexporte kann nicht durch Krieg abgetragen werden, sondern, wenn überhaupt, dann durch Friedensinitiativen und einen sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verpflichteter Umgang
mit vermehrte wiederverwerteten
Recycling-Papier



Es ist weder anti-amerikanisch noch anti-israelisch, gegen diesen Krieg zu sein und einen sofortigen Waffenstillstand zu fordern. Natürlich hat der Irak das Kriegsgeschehen begonnen, indem er Kuwait besetzte. Aber die amerikanische Reaktion darauf, den Irak anzugreifen, stellt einen folgenschweren Eskalationsschritt dar mit nicht abschätzbaren Folgen. Dafür trägt die amerikanische Regierung die Verantwortung. Das festzustellen, kann nicht anti-amerikanisch sein.

Dieser Krieg ist das Schlechteste für die Sicherheit und die Sicherung der Existenz Israels. Die Menschen in Israel leiden Nacht für Nacht unter den Raketenangriffen der SCUD, die Israel nur deshalb erreichen können, weil sie "Verbesserungen" erfahren haben made in Germany. Ich verstehe es, wenn diese Menschen jetzt mit Wut und Abscheu nach Deutschland blicken, das sich nicht am Krieg, an der Verteidigung Israels, beteiligen will. Solange dieses Land mit Raketen beschossen wird, müssen diese Raketen abgewehrt werden. Wenn dazu Luftabwehrraketen der Bundeswehr gebraucht werden, sollten wir sie zur Verfügung stellen, amerikanische Soldaten werden sie dann bedienen. Aber keine Raketenabwehr ändert etwas daran: Gerade Israel braucht am dringendsten einen Waffenstillstand und eine politische Lösung der Probleme im Nahen Osten.

Es ist wahr, daß sich Saddam Hussein früher nie um die Probleme der Palästinenser gekümmert hat und daß er dies jetzt allein in der Absicht tut, seine eigene völkerrechtswidrige Politik abzustützen. Genauso wahr ist aber auch, daß der irakische Diktator dies nur deswegen mit gewissem Erfolg tun kann, weil der Westen die Palästinenser jahrzehntelang mit Ihren Problemen alleine gelassen hat. Im Gegensatz zu der UN-Resolution zu Kuwait waren die UN-Resolutionen zum Palästinenserproblem völlig wirkungslos; niemand beachtete sie, die israelische Regierung durfte sie folgenlos in den "Papierkorb werfen", niemand drohte mit Sanktionen. Jahrzehntlang haben die Palästinenser aus dem Westen nur leere Versprechungen gehört, und das trieb sie in die Arme Husseins. Wie bei den Waffenexporten war es auch hier die Politik des Westens, die versagt hat.

Dieser Krieg hätte verhindert werden können. Kein Land der Erde kann auf Dauer einen Wirtschaftsboykott überstehen, wie er gegenüber dem Irak besteht. Erst recht kann dies kein Land mit einer Bevölkerung so groß wie die von Nordrhein-Westfalen und einer Wirtschaftskraft, die nur halb so groß wie die von Belgien ist. Aber man hätte ein Jahr, vielleicht auch zwei Jahre warten müssen. Präsident Bush aber begründete den Angriff auf den Irak mit den Worten: "Die Welt kann nicht länger warten". Warum eigentlich nicht? Auch der Krieg wird viel länger dauern, als anfangs erwartet und er wird unschätzbare Opfer kosten. Warum kann die Welt nicht warten? Wir werden in Zukunft oft lange warten und sehr geduldig die stille Macht politischer Isolierung und wirtschaftlicher Sanktionen einsetzen müssen, wenn wir das Völkerrecht durchsetzen wollen, ohne erneut eine Katastrophe heraufzubeschwören.

In den letzten Tagen wurde mir immer wieder die Frage gestellt, welchen Sinn die Forderung nach einem Waffenstillstand noch mache, wo ein Waffenstillstand doch offensichtlich keine Chance habe und die Golf-Allianz auf jeden Fall weiterkämpfen will. Wird diese Forderung damit nicht zur leeren Formel?

Ich glaube das nicht. Denn erstens muß im Interesse der Opfer dieses Krieges trotz der schlechten Erfolgsaussichten versucht werden, doch noch einen Waffenstillstand zu erreichen. Das darf nie aufgegeben werden. Hier initiativ zu werden, ist die Aufgabe der Europäer und vor allem der Bundesregierung, die bisher nicht politisch gehandelt hat. Und zweitens entscheidet unsere Haltung zu diesem Krieg auch mit über unsere Haltung zu künftigen Kriegen. Dieser

Krieg findet unmittelbar nach der Beendigung der Ost-West-Konfrontation statt. In gewisser Weise hat erst das Ende des Kalten Krieges den heißen Krieg möglich gemacht. Es ist dies auch ein Krieg des Nordens gegen den Süden, ein Krieg um strategische Interessen, ein Krieg um das Öl. Es wäre verheerend, wenn sich die Industrieländer jetzt, da sie die Hände frei haben vom Ost-West-Konflikt, angewöhnen würden, den Süden nicht nur wirtschaftlich auszubeuten, sondern Probleme dort mit Krieg zu lösen. Ein solches Verhalten müßte die Menschheit in den Abgrund treiben.

Nach dem Golfkrieg werden die wirklichen Opfer und Schäden bekannt werden, die die Zensur jetzt verschweigt, und es wird sich zeigen, daß die Probleme in der Region noch schlimmer und viel schwerer lösbar sind, als sie das schon zuvor waren. Dann wird es eine weltweite und auf lange Sicht entscheidende Debatte geben, wie es weitergehen soll. Schon um dann glaubwürdig für friedliche Lösungen in der Zukunft eintreten zu können, ist es wichtig, jetzt weiter konsequent gegen den Krieg zu sein und einen Waffenstillstand zu fordern - auch wenn wir damit jetzt isoliert sind und im Augenblick nicht viel erreichen können.

Was wir aber beeinflussen können, ist der Beitrag der Bundesrepublik zu diesem Krieg. Er ist größer, als viele meinen.

Die Bundesrepublik ist der Hauptumschlagplatz des amerikanischen Nachschubs; die Bundeswehr hat in erheblichem Umfang Munition an die Golf-Allianz abgegeben; wir haben bereits fünf Milliarden DM Finanzbeitrag geleistet und werden weitere acht Milliarden direkt zur Finanzierung der amerikanischen Kriegsanstrengungen leisten.

18 Kampfflugzeuge der Bundeswehr stehen in der Türkei und die Diskussion über den sogenannten "Bündnisfall" in bezug auf die Türkei ist keineswegs ausgestanden. Ich kann hier nur wiederholen, was die SPD bereits mehrfach festgestellt hat: Bei der Türkei kann es keinen Bündnisfall geben, da von türkischem Territorium zuerst der Irak angegriffen wurde. Die Feststellung des Bündnisfalles obliegt allein dem Deutschen Bundestag, der sie mit Zwei-Drittel-Mehrheit zu treffen hat, und nicht der Bundesregierung, wie diese meint.

Und ich füge hinzu: Es ist unsinnig, jetzt Luftabwehrraketen in die Türkei zu verlegen; stattdessen sollten die 18 Alpha Jets umgehend aus der Türkei zurückgezogen werden. Ihrem Abschreckungsauftrag hat die türkische Regierung selbst den Boden entzogen. Wenn wir diesen Krieg schon nicht verhindern können, dann wenigstens die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland. Das wird uns den Vorwurf einbringen, feige zu sein, uns drücken zu wollen. Aber es ist nicht feige, gegen diesen Krieg zu sein. Im Gegenteil, heute wo alle Welt dafür ist, erfordert das eine ganze Portion Mut. Feige wäre es, dem Kriegsdruck wider besseres Wissen nachzugeben.

Nach diesem schrecklichen Krieg wird die Welt anders aussehen. Die Folgen werden auch uns betreffen, die wir weit entfernt vom Kriegsgebiet leben. Je länger der Krieg dauert, desto schlimmer werden die Konsequenzen sein.

(-/31. Januar 1991/rs/fr)

Neuer Kurs in der Verkehrspolitik erforderlich (Teil I)

Zur Notwendigkeit, das ökologisch Erforderliche als das ökonomisch Vernünftige durchzusetzen

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Für einen raschen und erfolgreichen Aufbauprozess in den neuen Bundesländern ist die Verbesserung der Infrastruktur eine unentbehrliche Voraussetzung. Dazu gehört nicht nur ein funktionierendes Telefonnetz nebst den übrigen modernen Kommunikationsmitteln, sondern auch ein systematischer Ausbau des Verkehrssystems. Die Frage ist nur: Wo sollen die Prioritäten gesetzt werden?

Das ökologisch Notwendig ist langfristig auch das ökonomisch Vernünftige. Dieser Satz gilt uneingeschränkt auch für die Verkehrspolitik. Da deren Probleme mit jedem Tag drängender werden, muß in den westlichen und östlichen Bundesländern eine neue Verkehrskonzeption Platz greifen, wenn der Autoboom nicht an sich selbst ersticken soll.

Von einer solchen neuen Verkehrskonzeption ist aber in dem Koalitionspapier der Regierungsparteien nichts zu erkennen. Es ist zwar von einer wünschenswerten "Vernetzung der Verkehrsträger" die Rede, auch von einer Trennung von Fahrweg und Betrieb bei der Bahn, das Patentrezept zur Lösung der Probleme sehen die Koalitionäre aber im technischen Bereich, zum Beispiel in neuen Verkehrsleitsystemen, die die Blechlawine kanalisieren sollen. Außerdem setzen sie große Hoffnung auf das Heranziehen von Privatkapital - sowohl beim Bundesfernstraßenbau, als auch beim Wasserwegebau und bei der Eisenbahn. Das Töpfer'sche "Maßnahmengesetz", das eine Verkürzung des Rechtsweges bei Großprojekten und damit eine Beschneidung der Bürgerbeteiligung zum Ziel hat, soll hier kräftig nachhelfen - zum Nachteil für Mensch und Natur.

Es wirkt geradezu hilflos, wenn der Umweltminister in seinen "Eckwerten zur ökologischen Sanierung und Entwicklung in den neuen Ländern" (November 1990) zwar "umweltorientierte Weichenstellungen im Verkehr" wünscht, sich aber mit einigen allgemeinen Empfehlungen begnügt. Technische Maßnahmen an Verkehrswegen und Fahrzeugen und die Forderung nach "verkehrsbeeinflussenden Maßnahmen" allein reichen nicht aus. Von einer verkehrspolitischen Prioritätensetzung pro Umwelt keine Spur. Alle Entscheidungen werden vertagt auf den Bundesverkehrswegeplan 1992: Originalton aus dem Hause Töpfer: "Hier spätestens sollen die Weichen für ein integriertes Verkehrssystem gestellt werden." Kommentar überflüssig" denn bis dahin ist das Fell des Bären längst verteilt. Private Investoren haben dann längst vollendete Tatsachen geschaffen, vor allem im Autobahnbau.

Gerade weil der wirtschaftliche Aufbau aber moderne Verkehrswege erfordert und weil dem starken Mobilitätsbedürfnis der Bürger Rechnung getragen werden muß, müssen jetzt politische Entscheidungen fallen. Ein Verzögern und Vertagen führt mit Sicherheit dazu, daß blindlings die alten Fehler wiederholt werden, die wir in der ehemaligen Bundesrepublik gemacht haben und deren Reparatur, soweit sie überhaupt noch möglich ist, uns heute aberwitzige Summen kostet.

Explosive Entwicklung im Westen

1960 fuhren durchschnittlich auf jedem Autobahnkilometer 337 Pkw pro Stunde, 1989 dagegen 1.472. Das bedeutet, daß sich der Individualverkehr in dieser Zeit vervierfacht hat. Die

Zahl der Lkw pro Autobahnkilometer hat sich praktisch verdoppelt. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß inzwischen das Autobahnnetz in den alten Bundesländern um über 5.000 km erweitert worden ist. Heute hat Deutschland-West das dichteste Straßennetz der Welt. Und vermutlich auch das schnellste. 485.000 wohlausgebaute Straßenkilometer ziehen sich kreuz und quer durch die Republik; auf jeden Quadratkilometer Fläche kommen rund zwei Kilometer Straße; in den USA, dem klassischen Autoland, ist es nur etwas mehr als ein halber Kilometer.

Der motorisierte Straßenverkehr gehört zu den größten Umweltverschmutzern. Er verbraucht ein Viertel der gesamten Erdenergie der Bundesrepublik, ist verantwortlich für fast drei Viertel der Kohlenmonoxidemissionen und 60 Prozent des Stickoxidausstoßes. Damit trägt er erheblich zur Verstärkung des Treibhauseffekts bei. Hinzu kommen ein gewaltiger Flächenverbrauch und eine Lärmüberflutung, unter der 40 von 60 Millionen Menschen in den alten Bundesländern leiden. Die Verkehrspolitik hat seit Jahrzehnten einseitig die Straße bevorzugt und die Schiene dafür vernachlässigt, ebenso den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV). 150.000 km Straßen wurden seit 1950 neu gebaut, dem stehen 27.000 km Bahnstrecken gegenüber, die größtenteils noch aus dem 19. Jahrhundert stammen. 1950 umfaßte das Netz der Bundesbahn noch 36.000 km Schiene. Viele Straßenbahnen sind aus den Städten verschwunden, um vierspurigen Schnellstraßen für die Autos Platz zu machen.

Künftiger Verkehrsboom östlich der Elbe

Da die neuen Bundesländer eine Sanierung und Modernisierung ihrer Verkehrswege dringend brauchen, müssen sofort hohe Investitionsmittel bereitgestellt werden. Entscheidend wird aber sein, wo die Prioritäten liegen. Experten gehen davon aus, daß statt heute 3,8 Millionen Trabis und Wartburgs in wenigen Jahren circa sieben Millionen Pkw westlicher Bauart auf die Straße drängen. Dabei wird es sich überwiegend um Wagen handeln, die noch keine Abgasreinigung besitzen. Was den Güterverkehr betrifft, so ist für die nächsten Jahre eine dramatische Steigerung im Transportaufkommen zu erwarten. Nach einem Gutachten des baden-württembergischen Innen- und Verkehrsministers Schlee ist mit einem Anstieg des Transportvolumens zwischen den alten und den neuen Bundesländern um das Achtfache bis zum Jahr 2010 zu rechnen. Dies kann kaum verwundern, wenn man allein an den ungeheuren Bedarf an Baumaterialien einschließlich der Massengüter Kies, Schotter, Holz und Sand denkt, ferner an den Transport von Halbfertigprodukten bei gesplitteten Produktionsstätten (zum Beispiel in der Automobilindustrie) und von Ersatzteilen sowie Gütern des täglichen Bedarfs.

Hinzu kommt die europäische Dimension. In zwei Jahren soll der europäische Binnenmarkt vollendet sein, der eine völlige Liberalisierung des Verkehrswesens vorsieht. Prognosen besagen, daß bis zum Jahre 2005 über 50 Prozent mehr Güter als heute durch Europa gekarrt werden. Es ist eine erschreckende Vorstellung, daß vier Fünftel aller Schwerlasttransporte zwischen Mailand und Hamburg oder zwischen Madrid und Frankfurt/Oder auf der Straße abgewickelt werden könnten. Das hält die Umwelt nicht aus und das halten auch die Menschen nicht aus.

Chance zur Neukonzeption jetzt nicht verpassen!

Daß die totale Autogesellschaft vor dem Kollaps steht, ist längst keine Neuigkeit mehr. Das Fahrzeug ist auf dem besten Wege, zum "Stehzeug" zu werden, wie Daniel Goeudevert (VW) treffend sagt. Die Bundesregierung hat in den letzten Jahren nichts getan, um die Fahrt ins Verkehrschaos zu stoppen und die Weichen neu zu stellen. Das Rezept gegen eine überlastete Straße war stets der Bau einer neuen - mit der Folge, daß der Flächenfraß immer weiter um sich griff und die Zahl der Kraftfahrzeuge in rasantem Tempo weiter anstieg. Unter diesen

Umständen ist ein konzeptionsloses Weiterwursteln nicht mehr verantwortbar. Aber alle Anzeichen deuten darauf hin, daß die Bundesregierung genau dies beabsichtigt.

Experten im Verkehrsministerium haben ausgerechnet, daß in den neuen Bundesländern ein "Defizit" von 40.000 Straßenkilometern bestehe; dabei ist der Maßstab offenbar die Straßendichte in den alten Bundesländern. Soll dies als Vorbild dienen, dann steht eine großflächige Zerschneidung und Zubetonierung der Landschaft zwischen Plauen und Rostock bevor; und den Umweltschützern bleibt nur noch der SOS-Ruf für Brandenburgs und Mecklenburgs herrliche Alleen. Eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur, wenn sie richtig geplant wird, muß und darf nicht mit bedenkenloser Naturzerstörung einhergehen.

Den Finanzaufwand für den Verkehrswegebau in der ehemaligen DDR schätzt der Bundesverkehrsminister auf 127 Milliarden DM. Dafür ist folgender Verteilungsschlüssel vorgesehen: 30 Milliarden sollen für Kommunalstraßen, 15 Milliarden für Bezirksstraßen und 13 Milliarden für Bundesfernstraßen ausgegeben werden. Macht zusammen 58 Milliarden für den Straßenbau. Dem stehen 12 Milliarden für den ÖPNV und 48 Milliarden für die Reichsbahn gegenüber.

Diese Relationen ähneln stark dem Bundesverkehrswegeplan 1985-95 - dort waren 63 Milliarden für den Straßenbau, 35 Milliarden für die Schiene und 13 Milliarden für den ÖPNV eingesetzt. Umgekehrt würde ein Schuh daraus! Solange diese Mißverhältnis nicht beseitigt ist, kann von einem freien Wettbewerb unter den Verkehrsträgern keine Rede sein!

In Wirklichkeit ist es ein ruinöser Wettbewerb, denn er findet unter ungleichen Bedingungen statt.

(-/31.1.91/rs/fr)

(Teil II und Schluß veröffentlichen wir in unserer morgigen Ausgabe)

DOKUMENTATION

Bischof Franz Kamphaus: Wir finanzieren den Tod, statt das Leben zu fördern

Der Limburger Bischof Franz Kamphaus, vormals Präsident der deutschen Sektion von Pax Christi, hat sich gegen Steuererhöhungen zur Kriegsfinanzierung gewandt. Seine Predigt vom 27. Januar im Wortlaut.

Alle Dinge haben bekanntlich ihre zwei Seiten. Nehmen wir einen Stein. Man kann den Stein in die Hand nehmen und auf einen anderen werfen, jemanden steinigen. Man kann Steine auch aufeinander schichten und ein Haus bauen, Wohnraum schaffen. Und man kann mit den Steinen einen Dorn bauen.

Oder nehmen wir das Feuer. Man kann das Feuer eröffnen. Das ist geschehen, in Lettland, in Litauen und am Golf. Da heißt es dann: verbrannte Erde, und - schlimmer noch - verbrannte Menschen. Das ist schrecklich. Man kann auch mit dem Feuer den Herd anzünden und die Kerzen.

Oder nehmen wir das Atom. Man kann die die Energie des Atoms zur Herstellung von Röntgenbildern nutzen oder zur Bekämpfung eines Karzinoms. Man kann die Energien auch in Bomben stecken und Bomben zünden - wie über Hiroshima - und mit dem hellen Aufstrahl dieses Blitzes die ganze Welt in eine unheimliche Dunkelheit tauchen. "Da wußten wir, was Sünde ist", schreibt Oppenheimer, der an der Entwicklung der Atombombe beteiligt war. "Was uns reizvoll und erstrebenswert schien, offenbarte seine ganze Abgründigkeit und Finsternis."

Die Dinge haben ihre zwei Seiten. Und nicht nur die Dinge, mehr noch der Mensch. Nehmen wir unsere Hand: Man kann sie zur Faust ballen und auf den anderen schlagen. Man kann auch die Hand öffnen, und sie dem anderen zum Friedensgruß reichen. Und man kann die Hände falten. Es sitzt alles drin in den Dingen und vor allem in uns selbst: Tod und Leben. Wir ahnen wohl, was für ein Weg das ist, von der Faust zur offenen Hand und zum Händereichen.

Das ist nicht so schnell getan. Wir spüren, da vollzieht sich etwas in uns. Da ist nicht nur etwas betroffen, wir selbst sind betroffen. Wir spüren von der Faust zur offenen Hand kommen wir nicht im Handumdrehen. Fast hätten wir das gedacht, in der Euphorie des letzten Jahres. Es schien uns fast, als breche eine neue Ära an, die große Wende, und auf einmal sehen wir uns weit zurückgeworfen. Der noch vor wenigen Wochen den Friedensnobelpreis erhielt, steht auf einmal in einem anderen Licht. Das Böse und die Abgründigkeit sind nicht im Handumdrehen aus der Welt hinauszutragen. Und sie sind erst recht nicht aus der Welt herauszuschießen und herauszubomben. Der Krieg löst keine Probleme, er verschärft sie nur mit seinen schrecklichen Folgen, hat der Papst gesagt.

Der lange Weg von der Faust zur offenen Hand. Mancher wird denken: Ihr habt gut reden, ihr Theologen, vom Frieden und von der Gewaltlosigkeit. Wir sind keine politischen Besserwisser. Die gegenwärtige Weltensituation gibt uns mehr Fragen auf, als uns Antworten gegeben sind. Aber wir können nicht schweigen über diesen Weg von der Faust zur offenen Hand. Es ist der Weg Jesus. Seine Botschaft läßt sich nicht vom Krieg gefangen nehmen. Sie stellt vor eine Alternative, die Alternative der offenen und ausgestreckten Hand.

Ist das nicht naiv? Einem verbrecherischen Diktator, der Völker- und Menschenrecht mit Füßen tritt, soll man dem so belommen? Die Frage ist nicht von der Hand zu weisen. Mehr Fragen als Antworten stehen in diesen Tagen vor uns, auch Gegenfragen.

Zeigt sich nicht die ganze Perversion des Krieges darin, daß wir gegen die Waffen kämpfen müssen, die wir selbst mit hohen Gewinnen in den Sand gesetzt haben? Ist das vernünftig, soll das gar gottgewollt sein? Denken wir nur daran, wie entsetzlich die Opfer unter den Soldaten und in der Zivilbevölkerung sind. Und weiter:

Millionen, Milliarden schluckt der Krieg - fast jeden Tag. Bedenken wir, daß die Summen, die in wenigen Tagen in den Krieg investiert werden, in Jahrzehnten, zum Beispiel für Misereor, nicht zusammengebracht wurden. Millionen und Milliarden werden für einen Krieg verpulvert, und Millionen Menschen in der weiten Welt hungern. Soll das vernünftig sein, gar gottgewollt?

Was sind wir für eine Gesellschaft. Schnell sind wir dabei, die Steuern zu erhöhen, um den Krieg finanzieren zu können. Wir finanzieren den Tod, statt daß wir das Leben fördern. Ist schon je einer auf den Gedanken gekommen, die Steuern zu erhöhen, um die Entwicklung der armen Völker voranzutreiben? Ein Politiker, der das verträte - bekäme er unsere Stimme? Mit Entwicklungspolitik läßt sich bei uns keine Wahl gewinnen, darum fristet sie ein kümmerliches Dasein.

Das sind wir für eine Gesellschaft? Einen übergroßen Teil der Intelligenz investieren wir in Waffen und in immer perfektere Waffensysteme, statt diese Intelligenz für die Entwicklung der armen Völker einzusetzen. Die Armen hungern nicht, weil wir zuviel essen, sondern weil wir zu wenig denken, zu kleinkariert nur an uns selber denken. Wir investieren in Waffen, und die Krisenherde in der Welt wachsen und produzieren neue Kriege.

Gehen wir noch einmal zurück und schauen auf die Hand: die Faust - und die offene Hand. Wir spüren wohl, daß ist ein Weg, ein langer mühsamer Weg. Keine glatte Lösung. Nicht schmerzfrei. Die Hand, die uns von Gott entgegenkommt, trägt die offene Wunde des Gekreuzigten. Von der Faust zur Hand, zur offenen Hand, das ist Wandlung. So geschieht Wandlung. Die feiern wir hier im Gottesdienst. Wir feiern nicht nur, daß etwas sich wandelt, Jesus ist unter uns, damit wir uns wandeln, damit wir uns auf diesen Weg einlassen, von der Faust zur offenen Hand.

Dazu gehört auch, daß wir nicht den Finger ausstrecken, um auf andere zu zeigen, sondern an unsere eigene Brust schlagen: mea culpa! Wer sind wir denn, daß wir von uns wegzeigen könnten auf "die Amerikaner", auf wen auch immer, nach rechts oder links. Wo waren wir denn alle, als im August der Krieg begann? Wir haben keinen Grund, auf andere zu zeigen. In aller Aufrichtigkeit müssen wir die Hand einholen und die Finger auf uns selbst richten, um unsere Schuld zu bekennen: meine Schuld, meine große Schuld.

(-/31. Januar 1991/rs/fr)
